

Landkreis Ravensburg

den 12. Apr. 2015

Niederschrift

über die Sitzung des Verwaltungsausschusses
am 26.02.2015 im Jobcenter, Sauterleutestr. 34, 88250 Weingarten, Sitzungssaal Raum 009

Dauer 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Kurt Widmaier,

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Rolf Engler,

Herr Oberbürgermeister Hans-Jörg Henle,

Herr Bürgermeister Josef Köberle,

Herr Bürgermeister Clemens Moll, Vertretung für KR Restle

Herr Axel Müller,

Herr Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp,

FWV

Herr Jochen Fischinger,

Herr Bürgermeister Rainer Magenreuter,

Herr Bernhard Schultes,

Herr Bürgermeister Oliver Spieß,

SPD

Herr Rudolf Bindig,
Herr Rainer Marquart,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,
Herr Manfred Lucha, MdL,
Herr Dr. Ulrich Walz,

ÖDP

Herr Siegfried Scharpf,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Franz Baur,
Herr Gerd Hägele,
Herr Knut Immeke,
Frau Diana E. Raedler,
Herr Georg Rupp,
Herr Roland Sauter,
Frau Sybille Schuh,
Herr Walter Sieger,

Abwesend:

CDU

Herr Bürgermeister Roland Bürkle,
Herr Wolfgang Pfefferle,
Herr Bürgermeister Volker Restle, wird von KR Moll vertreten

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe,

Ausgelegte Tischvorlagen:

Finanzbericht 2014, zu TOP 3

Antrag Grüne Welcome-Center, zu TOP 4

Übersicht Transferaufwendungen, zu TOP 4

Leitfaden für ehrenamtliche Helfer, zu TOP 7

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung
- 2 Genehmigung von Spenden
- 3 Haushaltsvollzug 2014 - Finanzbericht zum 31.12.2014
- 4 Kreishaushalt 2015 - Antrag der CDU-Fraktion - Einsparmöglichkeiten im Ergebnishaushalt
- 5 Anfragen und Bekanntgaben

Nichtöffentliche Sitzung

6

7

8

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses wurden am 18.02.2015 zu dieser Sitzung eingeladen.

Öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende verweist auf das am 23.02.2015 eingegangene Schreiben der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Anfrage: Ausmaß der Straßenbaumfällungen Dez. 14 bis Feb. 15
2. Antrag: Nachpflanzung und Schaffung sicherer Alleen

Entgegen der Bitte des Antragstellers KR Dr. Walz werde das Anliegen jedoch nicht im heutigen Verwaltungsausschuss behandelt, sondern – dem Inhalt entsprechend – in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik.

Dieses Vorgehen wird ohne weitere Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

§ 35

Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Protokoll-Entwurf der Sitzung am 25.11.2014.

Änderungswünsche werden nicht vorgebracht.

§ 36

Genehmigung von Spenden

Frau Schuh verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert die anzunehmenden Spenden.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Verwaltungsausschuss **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss stimmt der Annahme der in der Sitzungsvorlage näher

bezeichneten Spenden zu.

§ 37

Haushaltsvollzug 2014 - Finanzbericht zum 31.12.2014

Herr Baur verweist auf die versandten Sitzungsvorlagen sowie die verteilte Tischvorlage (siehe Anlagen) und erklärt die Abweichungen von den Planansätzen bei den einzelnen Positionen mit einer PowerPoint-Präsentation.

KR Spieß spricht der Verwaltung ein Lob aus und merkt an, dass sich damit die Entscheidung über die Senkung der Kreisumlage als richtig erwiesen habe.

KR Henle greift diese Bemerkung auf und regt an, in einer Pressemitteilung auf die richtige Intuition der Bürgermeister im Kreistag einzugehen; dabei sei der maximale Spielraum für die Kalkulation der Kreisumlage nicht einmal ausgereizt worden.

KR Bindig stellt richtig, dass es in der Haushaltsdebatte am 11.12.2014 um den Haushalt 2015 gegangen sei, nicht um das Jahr 2014.

Herr Baur kündigt an, die Hälfte des Überschusses zur Vermeidung von Kreditaufnahmen dem Eigenbetrieb IKP zuzuführen.

Ohne weitere Wortmeldung nimmt der Verwaltungsausschuss den Finanzbericht zum 31.12.2014 zur Kenntnis.

§ 38

Kreishaushalt 2015 - Antrag der CDU-Fraktion - Einsparmöglichkeiten im Ergebnishaushalt

Herr Baur verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen sowie die verteilten Tischvorlagen (siehe Anlagen) und geht auf den Vergleich zwischen den Städten Stuttgart und Ravensburg sowie der WGV-Versicherung ein. Nach den vorläufigen Berechnungen werde der Kreishaushalt dadurch mit etwa 2 Mio € belastet. Die Absenkung der Steuerkraftsumme

der Stadt Ravensburg in 2016 wirke sich erst im Jahr 2017 auf die Kreisumlage aus. Im Gegenzug erhalte der Landkreis dann jedoch höhere Schlüsselzuweisungen. Unter dem Strich bleibe dem Landkreis eine Belastung in Höhe von ca. 2 Mio €. Herr Baur schildert die weiteren Effekte in den Folgejahren und den voraussichtlichen Wendepunkt im Jahr 2019.

KR Dr. Rapp erläutert die Berechnungen aus der Sicht des städtischen Haushalts und versichert, dass der Landkreis kein nachhaltiges Delta zu befürchten habe.

Herr Baur informiert über die Einsparmöglichkeiten im Ergebnishaushalt mit einer Power-Point-Präsentation:

- Ergebnishaushalt 2015
- Finanzhaushalt 2015
- Vergleich 2015/2014 (ordentliche Aufwendungen, Erträge, Ergebnis)
- Abweichungen bei Aufwendungen
- Sach- und Dienstleistungen
- Transferaufwendungen
- Sozialleistungen an natürliche Personen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen
- Gruppierung nach Steuerrelevanz:
 - o zwangsläufig
 - o bedingt beeinflussbar
 - o steuerbar, freiwillig

Am Ende seiner Ausführungen erwähnt er den Antrag der Grünen-Fraktion auf Komplementärmittel für das Welcome-Center Bodensee-Oberschwaben. Über diese außerplanmäßige Freiwilligkeitsleistung müsse in den nächsten Sitzungen des Sozialausschusses und des Kreistages beraten werden.

KR Dr. Rapp verbindet in seinem Kommentar zu den Ausführungen der Verwaltung „Lob und leise Kritik“. Die Ausarbeitungen entsprächen zwar nicht den Vorstellungen der CDU-Fraktion, seien jedoch sauber aufgezeigt worden. Es gehe nicht um Ausgabenkürzungen, sondern um Ausgabenkritik. Und diesbezüglich benötige die Verwaltung in der Tat eine Richtungsweisung durch die Politik. Die Sitzungsvorlage sei eine gute Grundlage für die Überlegungen der Kreisräte. Die Formulierung von Einsparmöglichkeiten sei zudem eine längerfristig angelegte Thematik und würde damit auch die neue Verwaltungsspitze betreffen. Man könne festhalten: „Es gibt durchaus Einsparpotenziale – aber diese müssen wir heute nicht finden.“

KR A. Müller tauscht sich mit Herrn Baur über die Eingruppierung verschiedener Kostentar-

ten aus.

KR Henle dankt für die Erläuterungen der Transferleistungen. Er befürchtet, dass der Kreistag um die Bildung einer Haushaltsstrukturkommission nicht herumkommen wird. Bei diesem Thema sei ein vertiefter Dialog vonnöten.

KR Spieß setzt den Diskussionsbedarf vor allem bei den „bedingt beeinflussbaren“ Ausgaben an. Er wäre damit einverstanden, die entsprechenden Abwägungen in die Vorberatungen zum Haushalt 2016 einfließen zu lassen.

KR Lucha greift auf, dass unter dem Strich lediglich 5 % der Aufwendungen des Landkreises steuerbar sind. Er sucht die Abbildung der Einnahmen nach der Aufstockung der Landespauschale für die Asylbewerber.

Herr Baur teilt mit, dass sich die Darstellung in dieser Sitzungsvorlage lediglich auf die Aufwendungen bezog, nicht auf die Erträge und nicht auf die Nettobetrachtungen.

KR Dr. Walz ruft dazu auf, in der „Streichliste“ bei sich selbst zu beginnen und beispielsweise weniger Aufwendungen für die Räte bei den Festen und bei der Bewirtung vorzusehen.

KR Bindig fasst zusammen, dass der Kreistag der Verwaltung vorgeben müsse, was entbehrlich ist und was nicht. Diesbezüglich sei er auf die konkreten Vorschläge sehr gespannt.

Ohne weitere Wortmeldungen nimmt der Verwaltungsausschuss die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.

§ 39

Anfragen und Bekanntgaben

Es liegen keine Anfragen oder Bekanntgaben vor.

**Auszug aus dem Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung
des Verwaltungsausschusses am 26.02.2015**

§ 41

Beteiligungsmanagement

Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Ravensburg

Empfehlungsbeschluss für den Kreistag:

Die Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Ravensburg wird beschlossen.

§ 42

Unterbringung Asylbewerber

Empfehlungsbeschluss für den Kreistag

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Schaffung der erforderlichen Unterbringungskapazitäten für Asylbewerber notwendigen Maßnahmen in eigener Zuständigkeit bis zu den Wertgrenzen der Hauptsatzung für die beschließenden Ausschüsse umzusetzen.
2. Die im Finanzhaushalt 2015 für diesen Zweck veranschlagten Investitionsmittel werden freigegeben.
3. Dem Unterbringungskonzept Asylbewerber des Landkreises wird zugestimmt.
4. Das Konzept zur gemeinsamen Erstellung von Unterkünften mit den Gemeinden wird zur Kenntnis genommen.

Z. B.

Vorsitzender

Kurt Widmaier

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte